

## **2003 – das Jahr der Wende!**

Gehaltskürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Stellenabbau und eine unnötige Verwaltungsreform

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

sicher sind wir uns alle einig. Das zu Ende gehende Jahr 2003 war ein außergewöhnliches Jahr und wir werden noch viele Jahre an diesen Entwicklungen zu tragen haben.

Beim Lesen dieser Zeilen werden alle von uns – soweit sie im Beamtenverhältnis beschäftigt sind – auf ihren Kontoauszügen gesehen haben, was die Landesregierung – gestützt von den Fraktionen der CDU und der FDP – uns weggenommen hat.

**Unsere Landesregierung ist die einzige, die die „Dreistigkeit“ besitzt, das aufgrund der damals noch bestehenden gesetzlichen Grundlage ausbezahlte Urlaubsgeld durch eine besondere Kürzung beim Weihnachtsgeld wieder einzukassieren.**

### **Kürzungen mit dem Rasenmäher**

Wir sind auch eines der wenigen Länder, in denen das Weihnachtsgeld bereits in diesem Jahr gekürzt worden ist. Außerdem sind wir das einzige Land, in dem die Kürzungen mit dem „Rasenmäher“ über alle Besoldungsgruppen gezogen wurden – obwohl es durchaus andere Lösungen gegeben hätte. Und, das will ich deutlich anmerken, die wir auch erwartet haben. Insbesondere nachdem unser Herr Ministerpräsident im Dezember 2002 in seinem Brief an alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes uns allen mitgeteilt hatte:

**„Wir wissen, dass man in den einzelnen Laufbahngruppen unterschiedlich verdient und wir würden deshalb auch unterschiedlich kürzen, weil es gerecht zugehen muss und weil die Familien auf ein Familieneinkommen angewiesen sind.“**

### **Soziale Komponente?**

Nichts davon hat man eingehalten, ganz im Gegenteil nimmt man den Kolleginnen und Kollegen bis einschl. A 8 mehr Urlaubsgeld ab, als allen anderen. Und dann gibt es noch Menschen, die im Finanzausschuss des Landtages sich wie folgt äußern: „Ein Abgeordneter der CDU entgegnet, nach Auffassung der Koalitionsfraktionen enthalte der Gesetzentwurf der Landesregierung **eine Reihe von sozialen Komponenten**, insbesondere eine familienbezogene Komponente. **Er sehe auch die Kürzungen bei den Besoldungsgruppen bis A 8 als nicht besonders dramatisch an.** (Quelle LT-Drucksache 13/2488).

**Die Kürzungen treffen also prozentual die „Geringerverdienenden“ unter uns ungleich höher, als die in den höheren Besoldungsgruppen. Aber auch die Pensionäre werden über Gebühr zur Kasse gebeten – von der gleichen Regierung, die sich so sehr über die Rentenpolitik der Bundesregierung aufregt.**

Dazu hat unser Herr Finanzminister ebenfalls im Finanzausschuss gesagt: „.... bei der 2003 beabsichtigten Kürzung der Sonderzuwendung würden die Pensionäre gegenüber

den Beamten sogar benachteiligt, weil die Kürzung die Rückforderung des Urlaubsgeldes beinhaltet, Pensionäre aber kein Urlaubsgeld erhielten.“

### **Verschiebung der Lohnzahlung**

Aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die bisher durch den Schutz der Tarifverträge ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld noch in der vereinbarten Höhe bekommen haben, werden die Auswirkungen des harten Sparkurses unserer Landesregierung noch in diesem Jahr zu spüren bekommen. Wie nach dem letzten Tarifabschluss möglich, werden ihre Löhne und Gehälter ab Dezember 2003 nicht mehr zum 15. des Monats, sondern zum Monatsende auf ihre Konten überwiesen. **Darüber hinaus hat unsere Landesregierung sehr deutlich gemacht, dass sie nach der Kündigung der entsprechenden Tarifverträge auch den Tarifbeschäftigten die für die Beamtinnen und Beamten „verordneten“ Kürzungen und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit zuzumuten will. Also den Kolleginnen und Kollegen, denen man mit dem „Nichtvollzugsprogramm“ eine individuelle Verbesserung ihrer Einkünfte versprochen hatte, dieses Programm jetzt aber ohne Wenn und Aber für tot erklärt werden muss.**

### **Erhöhung der Wochenarbeitszeit und Stellenabbau**

Für die Beamtinnen und Beamten kommt noch die die 41-Stunden-Woche dazu, die ebenfalls im „Schweinsgalopp“ hier im Lande durchgeboxt wurde. **Ohne jede Rücksicht auf die Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst.** Der daraus errechnete und beschlossene Personalabbau von 650 Stellen in den nächsten Jahren wird uns hart treffen. Aber die Ankündigungen über die Schließung von Polizeiposten und anderen Organisationseinheiten der Polizei sind ja nicht mehr zu überhören.

„Dabei dürfen mit den Veränderungen keine Sicherheitseinbußen für die Bürgerinnen und Bürger einhergehen“, erklärt Herr Staatssekretär Rech in der Pressemeldung zum Kabinettsbeschluss i.S. Verwaltungsreform.

**Ob er selbst an diesen Widerspruch in sich glaubt?**

### **Finanzministerium gibt jahrelanger Forderung der GdP recht**

**„Sicherheitspolitische Placebos“ muss man natürlich abschaffen, dann aber konsequent Herr Innenminister! Schaffen Sie also endlich das wahre „sicherheitspolitische Placebo“ in diesem Land, nämlich den Freiwilligen Polizeidienst endlich ab!** Argumente dafür können Sie mittlerweile vom Staats- und Finanzministerium bekommen. Die sind allerdings identisch mit dem, was die GdP seit Jahrzehnten dazu gesagt hat.

### **Motivationsabbau**

Mit der Verwaltungsreform hat sich unsere Landesregierung ein weiteres Spielfeld zum Motivationsabbau der Beschäftigten eröffnet.

**Hätte es nicht schon genügt, unsere Gehälter zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern? Nein! Stellenabbau, Effizienzrendite, Auflösung und Verlagerung von Dienststellen verunsichern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Wer allen Ernstes glaubt, der Polizei dieses Landes 780 Stellen im „Nichtvollzug“ streichen zu können, ohne dass dies Auswirkungen auf die Innere Sicherheit haben wird, der – man muss es so deutlich sagen – „hat nicht alle Tassen im Schrank“. Eines Tages werden wir also 650 und 215 (durch die Verlagerung der Lebensmittelkontrollen an die Verwaltungsbehörden) Vollzugsstellen und 780 Nichtvollzugsstellen weniger haben. Dazu kommt ein weiterer Stellenabbau „in Höhe der mit der Modernisierung der LuK verbundenen Ressourcengewinne. Wir werden also weniger oder gar keine Schreibkräfte mehr haben und unsere Computer werden alleine arbeiten – oder doch nicht? Je mehr Polizeibeamtinnen und –beamte selbst am PC und in den Geschäftszimmern sitzen, um so weniger werden dann auf der Straße im Einsatz zur Verfügung stehen. Das weiß eigentlich jeder, der länger als einen Tag bei der Polizei gearbeitet hat.

## **Keine Perspektiven**

**Die Bilanz des Jahres 2003 ist schlimm, schlimmer als wir uns das je hätten vorstellen können. Vor allem deshalb, weil es überhaupt keine positiven Entwicklungen mehr gibt.**

**Wer redet noch über Verbesserungen der Stellenobergrenzen für den mittleren Dienst?**

**6.000 Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei Baden-Württemberg sind nach wie vor in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8. Ohne Verbesserungen bei den Stellenobergrenzen, wohl für viele weitere Jahre. Dies kann eine Gewerkschaft nicht ohne Kritik stehen lassen.**

Aber, es gab auch wenige positive Entwicklungen im zu Ende gehenden Jahr. Ein Meilenstein war zweifellos die erste gemeinsame Demonstration von DGB und Beamtenbund Baden-Württemberg im Mai in Pforzheim. Auf diesem Weg sollten wir weiter machen. Nicht danach suchen, was uns trennt, sondern vielmehr das finden, was unser gemeinsame Ziel sind.

***Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die im Jahr 2003 engagiert für die Ziele der GdP eingetreten sind und dafür demonstriert und gearbeitet haben, ganz herzlich bedanken. Wir können nur noch dann die schlimmsten Dinge abwehren, wenn wir gemeinsam dagegen kämpfen! Ich wünsche uns allen besinnliche und erholsame Weihnachtsfeiertag und für das Jahr 2004 Ausdauer und den Erfolg, den wir uns alle wünschen,***

*Euer*

*Josef Schneider*

*Landesvorsitzender*